

Mitglieder der ÖDP und Atomkraftgegner gedachten am Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl.

Foto: sxu

ÖDP fordert die endgültige Abkehr von der Kernenergie

PROTEST 18 Atomkraftgegner beteiligten sich am Dienstag an der Mahnwache zum Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.

SCHWANDORF. ÖDP-Kreisvorsitzender Alfred Damm entzündete bei der jüngsten Mahnwache am Schwandorfer Marktplatz eine kleine Kerze, gemeinsam wurde eine Schweigeminute für die Opfer der Reaktorkatastrophe eingelegt. Die ÖDP fordere nach wie vor den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft, Kernenergie sei unvereinbar mit dem Schutz des ungeborenen und geborenen Lebens, mit der Bewahrung der Schöpfung und dem Erhalt der Heimat, sagte Damm.

Seine Partei habe während der zurückliegenden Jahrzehnte im bürgerlichen Lager entsprechende Akzente gesetzt und mit direktdemokratischen Aktionen Widerstand gegen den Ausbau der Atomkraft in Bayern geleistet. Man habe immer wieder auf das ÖDP-Konzept der "Drei E" geworben: Einsparung, Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien.

Zum rot-grünen Atomausstiegsbeschluss merkte Damm an, dass die ÖDP diesen Atomkonsens mit den Konzernen immer hart kritisiert habe. Die Konzerne bekamen die Erlaubnis zum Bau von Zwischenlagern am AKW und erhielten eine mindestens 40-jährige Verschnaufpause auf dem völlig ungesicherten Entsorgungspfad. Rot-Grün habe einen entscheidenden Fehler gemacht: Die volle Haftpflicht für AKW-Betreiber hätte dem Spuk ein schnelles Ende bereitet.

Die heutige Debatte nach dem Unglück in Japan dürfe nicht so enden wie die Debatte nach Tschernobyl, forderte Damm. Die ÖDP wolle mehr Druck auf CSU und FDP machen. Wenn Seehofer, Söder und Zeil es ehr-

lich meinten, müssten sie morgen den Koalitionsvertrag ändern.

Damm verwies auch auf die laufende Petition an den Deutschen Bundestag für einen Ausstieg aus dem Euratomvertrag, der die Mitgliedsstaaten zur Förderung der Atomenergie und zur schnellen Entwicklung der Nuklearindustrie verpflichte. Dies sei nicht mehr zeitgemäß und spätestens seit dem Atomunglück in Fukushima wüssten die Industrienationen, dass die Atomenergie unbeherrschbar sei.

Die online-Petition könne noch unter www.euratom-ausstieg.de bis 12. Mai von jedem unterzeichnet werden. Er hoffe, sagte Damm, dass die ÖDP bis dahin 50 000 Unterschriften zusammen bekomme, dann müsse im Bundestag über die Petition beraten werden. Dieser könne neben dem Atomausstieg gleich noch die Förderung der Kernenergie stoppen und sich für einen Euro-Solar/Windenergie-Vertrag einsetzen. (sxu)